

vkö-historie
Spurensuche in der
Vergangenheit

buchtipp
Kriminalgeschichten aus
düsteren Zeiten

vkö
Leserreaktionen zu Kritik
an Staatsanwälten

03/21

kriipo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**



FEMIZIDE IM FOKUS



POLIZEI UND GEWALT

Es ist wohl allgemein bekannt, dass Entwicklungen in den USA nach einiger Zeit nach Europa überschwappen und mit etwas Verspätung auch in Österreich sichtbar werden. Obwohl die Polizei in den USA völlig anders funktioniert als bei uns, das gesamte Leben ungleich gewalttätiger ist, wird Polizeikritik, die in den USA berechtigt ist, auf Europa übertragen. Gewalt, Rassismus und gegen sozial schwache Menschen gerichtete Repression sind die Hauptkritikpunkte, mit denen die Polizei konfrontiert wird, auch bei uns. So lange ein paar Wirrköpfe in Wien mit Transparenten „Black Lives Matter“ herumlaufen – soll sein. Man muss aber auch hören, was neben Parolen verlangt wird. Von Entwaffnung, Entziehung der Finanzen bis zur anarchistischen Forderung der völligen Abschaffung der Polizei. Was soll man von Zirkeln halten, die glauben, die Umschichtung der Finanzen in den sozialen Wohnbau würde die Kriminalität beseitigen.

Ich denke, bevor derartige Diskussionen aus geschlossenen Zirkeln in die Öffentlichkeit kommen, sollte man die Aufgabe der Polizei beleuchten. Bitte! Die Polizei hat die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, wird jeder sagen. Schon richtig, aber die Sicherheit der einen muss zwangsläufig Repression auf der anderen Seite hervorrufen. Wie weit die Repression geht, bestimmt nicht die Polizei, sondern der Gesetzgeber. „Die Polizei ist nicht einfach da, die Sicherheit für alle aufrechtzuerhalten, sondern sie hält eine ganz bestimmte Ordnung aufrecht, die wiederum von den herrschenden Verhältnissen geprägt ist“, beschrieb es die polizeikritische Zeitschrift CILIP. Man kann es auch so sehen, dass die Polizei eine Bedrohung für Kriminelle, Staatsgefährder etc. darstellt. Jedermanns „Freund und Helfer“ zu sein, ist genauso eine Utopie wie eine gewaltfreie Gesellschaft.

Es ist auch ein Irrglaube, anzunehmen, dass Repression ohne Gewalt möglich ist. Die Durchsetzung des gesetzmäßigen Zustandes wird zu 99% gewaltlos erreicht, aber das fatale Prozent führt eben zu Zwangsmitteln. Es ist leider eine Tatsache, dass in gewissen Kulturen der Widerstand gegen staatliche Organe zur Folklore gehört. Gewalt gegen Polizeibeamte ist häufiger als umgekehrt. Die Dinge laufen zu lassen, geht nicht, also repressive Gewalt. Und dann kommen die Ressentiments von der ausländischerfeindlichen, rassistischen Polizei an die Oberfläche. Leider: Gewalt und Polizei sind untrennbar miteinander verbunden. „Die Anwendung von Gewalt ist eine charakteristische Funktion der Polizei“, das müssen Politiker, die Polizeiführung und auch die Bevölkerung zur Kenntnis nehmen.

In Österreich wird sowohl von den möglichen vorrepressiven Mitteln, als auch durch die österreichische Mentalität versucht, ohne Gewalt auszukommen. Bei uns wird, im Gegensatz zur US-Polizei, mehr Deeskalation als Schießen gelehrt. Der österreichischen Polizei Dinge anzukreiden, die in anderen Ländern passieren, zeigt von wenig Intelligenz.

Richard Benda,
Präsident



ausgabe
03/21

splitter

Nationale und internationale Meldungen 5

vkö-historie

Hans Gretz, Kriminalkommissar. 7

top Thema

Frauenmorde im Faktencheck 11
Die Polizei als Helfer in und aus der Krise . . . 17

buchtip

Erfolg mit Geschichten aus düsterer Zeit . . . 19

vkö-leserbriefe

Damals: Terror-Ermittlungen
ohne den Staatsanwalt 21
„Juristisches“ Gegacker“ 23

intern

Aus dem Archiv 23
Universitätslehrgang an der Uni Krems 25
kribo.at-Rätsel 25
Impressum 25

Coverbild: Christian Doneis

wien.

Als bienenfleißig sind Wiens Polizisten ja bekannt, nun aber haben sie gleich 70.000fache einschlägige Unterstützung erhalten: Die slowenische Botschafterin in Österreich, Ksenija Škrilec, hat Polizeipräsident Gerhard Pürstl anlässlich des Weltbienentages am 20. Mai zwei Bienenvölker aus ihrer Heimat übergeben, die am Dach des Amtshauses am Schottenring angesiedelt wurden und vom Rathaus-Imker betreut werden. Der gewonnene Polizei-Honig wird künftig an Ehrengäste verschenkt..



Bild: LPD Wien



Bild: BMI

wiener neustadt.

Mit der Ende Mai erfolgten Grundsteinlegung geht die Übersiedlung der Zentrale der Flugpolizei nach mehrjährigem Hin- und-Her in die entscheidende Phase. Auf dem Areal der „Cobra“ werden auf 6.300 Quadratmetern Hangars für sieben Hubschrauber sowie Werkstätten und Büros für 45 Bedienstete errichtet. Anfang 2023 soll die Flugeinsatzstelle in der Meidlinger Kaserne in Wien dann Geschichte sein, wenn die ersten Helis in Wr. Neustadt abheben. Kosten des Projekts: 21,7 Millionen Euro.



agrigent.

Der 1990 von der Mafia erschossene sizilianische Ermittlungsrichter Rosario Livatino, 38, ist am 9. Mai 2021 selbsterhängt worden. Papst Franziskus hat ihn als „Martyrer für Gerechtigkeit und Glauben“ bezeichnet. Während der Messe wurde ein Reliquenschrein mit jenem blutbefleckten Hemd in der Kathedrale von Agrigent aufgestellt, das Livatino am Tag seiner Ermordung getragen hat. Der Jurist war einer der ersten Richter, die Vermögenswerte der Mafia konfiszieren ließ und galt als sehr gläubig.



berlin.

Der bislang strikt auf Diskretion bedachte deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) macht einen Riesenschritt in die Öffentlichkeit: Unter „bndkarriere“ gibt er neuerdings auf Instagram Einblicke in seine Arbeit, um so Nachwuchs zu rekrutieren: „Wir müssen zeitgemäße Wege gehen, um insbesondere Schulabgängern, Uni-Absolventen und jungen Berufstätigen einen Eindruck zu geben, welche beruflichen Chancen eine international operierende Sicherheitsbehörde bietet;“ so BND-Präsident Bruno Kahl.



liverpool.

Ein Foto mit einem Stück Feinschmeckerkäse, das er via Kryptohandy („EncroChat“) verschickt hatte, ist einem Großdealer in Großbritannien zum Verhängnis geworden. Denn anhand des Bildes konnten die Fingerabdrücke des zunächst Unbekannten mit dem Nutzernamen „Toffeeorce“ analysiert und dem amtsbekannten 39-jährigen Carl Stewart (rechts) zugeordnet werden. Er hat mittlerweile 13 ½ Jahre Haft ausgefasst.

(Quelle: www.merseyside.police.uk)



Bilder: Merseyside Police

AUS DER GESCHICHTE DER VKÖ:

HANS GRETZ, KRIMINALKOMMISSAR

Es waren bewegte Zeiten, und das Risiko, zwischen 1930 und 1950 aus politischen Gründen seine Existenz zu verlieren, war für Polizeibeamte extrem. In ein KZ zu kommen war genauso möglich, wie sagenhafte Karrieresprünge zu machen. Das zeigt auch die widersprüchlich dokumentierte Vita des ehemaligen Obmanns Johann „Hans“ Gretz.

richard.benda@kripo.at

VERBAND
DER
BUNDESKRIMINALBEAMTEN ÖSTERREICH
WIEN, IX. BEZ. ROSSAUERLÄNDE NR. 7-9 (HOFTRAKT, MEZZANIN)

Die Geschichte der Kriminalbeamtenvereinigung, wie die VKÖ in dieser Zeit hieß, wird immer in Verbindung mit zwei Personen genannt: Emil Rauer, dem ersten Obmann, und Ernst Sprung, der die Vereinigung 1948 wieder ins Leben gerufen hat. Mindestens genauso prägend war aber Hans Gretz. Dass Gretz genau in diesen Jahren die Geschichte der Vereinigung lenkte und deren Auflösung durch die Nazis miterleben musste, macht ihn historisch interessant.

Die Karriere des Kriminalkommissars Hans Gretz ist typisch für die Zeit und kann durch Belege aus dem Staatsarchiv genau nachvollzogen werden. Die große Frage ist, wie er es geschafft hat, ohne größere Blessuren durch alle Wirren zu kommen.

Schauen wir auf die Eckpunkte des Lebens des 1891 geborenen Hans Gretz. 1922 trat er in den Polizeidienst ein, 1930 wurde er Obmann des „Verbandes der Bundeskriminalbeamten Österreichs“, wie die VKÖ damals genannt wurde. Im gleichen Jahr kandidierte er für den Nationalrat beim sogenannten „Schoberblock“, trat als Redner auf, wurde aber nicht gewählt. Ob es Frustration oder Kalkül war, weiß man nicht, jedenfalls stellte er 1932 einen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP. Er wurde der Ortsgruppe „Türkenschanz“

zugeteilt und leistete zwischen 1933 und 1934 seine Beiträge. Keine ungefährliche Vorgehensweise, denn bei Bekanntwerden seiner Mitgliedschaft wäre er zumindest entlassen worden.

In seiner Vita widersprüchlich, in dieser Zeit aber nicht ungewöhnlich, war, dass er nach eigenen späteren Angaben bereits 1932 wegen der durch die Nazis verübten Terroranschlägen aus der NSDAP wieder ausgetreten war. Der in den Vorstand der Vereinigung gewählte Schriftführer Franz Kamba wurde von Gretz in einer Vertrauensmännerversammlung wegen der Teilnahme am Überfall auf das Bundeskanzleramt ausgeschlossen. Obwohl Kamba Gretz nicht sehr wohlgesonnen war, hat er Gretz bei der Gauleitung gefördert und nach dem Krieg im Volksgerichtsverfahren wieder entlastet.

Von der Gauleitung wurde ihm schwer angelastet, dass er anlässlich der Ermordung von Dollfuß eine berührende Trauerrede gehalten hatte, die auch in der „Öffentlichen Sicherheit“ abgedruckt war. Angeblich wurde Gretz immer wieder zugebracht, dass er verhaftet werden sollte, so seine Aussage vor dem Volksgericht.

Ende 1934 wurde Gretz in die Bundesfachleitung der Vaterländischen Front bei

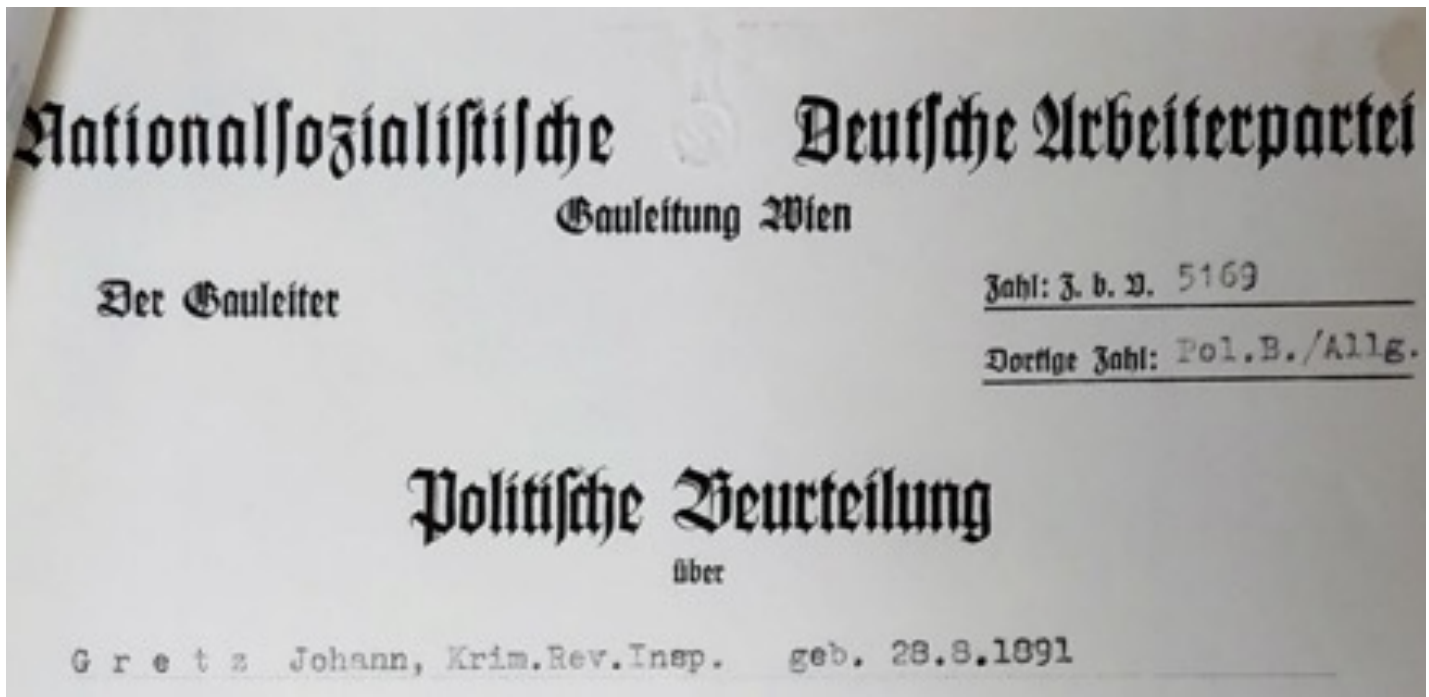
der Bundespolizei gewählt und Anfang 1935 in die Bundesbeamtenkammer (Gewerkschaft). 1936 wurde er bei der letzten Versammlung der Vereinigung wiedergewählt, Mitte 1938 aber von den Nazis als politisch unzuverlässig abgelöst. Von seinem Nachfolger wurde das Vereinsvermögen dem „Kameradschaftsbund deutscher Polizeibeamten übertragen“.

Interessanterweise ist Gretz, nach Abschluss eines Verfahrens der Wirtschaftspolizei gegen ihn, mit der Verwaltung der vorhandenen Häuser (bis 1941) betraut worden.

War es Opportunismus oder Tarnung, jedenfalls war Gretz fast gleichzeitig Mitglied der Vaterländischen Front, einer Monopolorganisation des Ständestaates.



Ein Foto in der „Öffentlichen Sicherheit“ zeigt Hans Gretz (in der Mitte) bei der Trauerfeier



Über Johann „Hans“ Gretz gibt es zahlreiche Akten mit widersprüchlichen Angaben, seine politische Weltanschauung lässt sich nicht herauslesen

Bemerkt muss aber werden, dass die Kriminalbeamtenvereinigung, deren Obmann Gretz war, mit 1. Jänner 1934 geschlossen der Vaterländischen Front beigetreten ist – beitreten musste. Gretz wurde Amtswalter der Vaterländischen Front. In seinem NS-DAP-Gauakt wird er folgendermaßen beschrieben: „...niemals gegen ihm bekannte nationalsozialistische Kameraden vorgeing, obwohl er auf Grund seiner Stellung Gelegenheit gehabt hätte“. Zusammenfassend wird festgestellt, dass Gretz kein vorbildlicher und einsatzbereiter Nationalsozialist war, aber auch nicht als Gegner bezeichnet werden kann. Eine Feststellung, die ihm nach dem „Anschluss“ zugutekommen ist.

1938 hat Gretz – eben nach dem Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland – einen sogenannten Erfassungsantrag unterschrieben, eine damals übliche Vorgehensweise für den Beitritt zur NSDAP. Allgemein erhielten österreichische Polizisten

deutsche Amtstitel. Gretz, der Polizeioberssekretär war, wurde Hauptscharführer der SS, denn die Polizei ist zur Gänze der SS angegliedert worden. Grundlage war ein Erlass aus dem Jahre 1939, wonach alle Kriminalbeamten der Polizei-SS beizutreten hatten. Gretz wurde nach Prag in die SS-Führerschule beordert, um seine Eignung als SS-Führer festzustellen und wurde dort als für die SS ungeeignet befunden. Es folgten kriegsbedingt Zuteilungen nach Karlsbad und Rostock. Bis zum Einmarsch der Amerikaner war er wieder in Karlsbad als provisorischer Leiter der Kriminalpolizei. Von 1945 bis Ostern 1946 wurde Gretz von den Tschechen ein Jahr inhaftiert, das Verfahren beim Volksgericht aber eingestellt. Im Mai 1946 kehrte Gretz nach Wien zurück. Ein neuerliches Verfahren beim Volksgericht 1948 in Wien endete nach 23 Tagen Haft mit einem Freispruch.

Welche politische Weltanschauung Gretz letztendlich wirklich hatte, lässt sich

aus den vorhandenen Akten nicht herauslesen. Seine Devise dürfte „bedeckt halten“ gelautet haben.

Für die Vereinigung hat sich seine Obmannschaft jedenfalls als fruchtbringend erwiesen. In seiner Zeit hat Gretz die Interessen der Kriminalbeamten stets gewissenhaft und erfolgreich vertreten. Durch seine umsichtige Tätigkeit konnte die Vereinigung ein ansehnliches Vermögen erwerben, ein Umstand, der es ermöglicht hat, eine Sterbekollekte und einen Pensionszuschussfond zu gründen. Darüber hinaus wurde mit den Häusern in Müllner- und Servitengasse sowie in der Döblinger Hauptstraße die Grundlage des Immobilienbestandes der VKÖ geschaffen.

Kriminal-Bezirksinspektor Johann Gretz wurde mit 30. September 1948 pensioniert und starb am 31. Juli 1972. ■

FRAUENMORDE IM FAKTENCHECK

Während Initiativen zur Verhinderung von Gewalt absolut begrüßenswert sind, wird die hitzige Debatte um eine vermeintliche Frauenmordserie mit falschen Zahlen, irreführenden Argumenten und abstrakten Forderungen überschattet. *kripo.at* hat die angebliche Femizid-Welle einem Faktencheck unterzogen.

peter.grolig@kripo.at

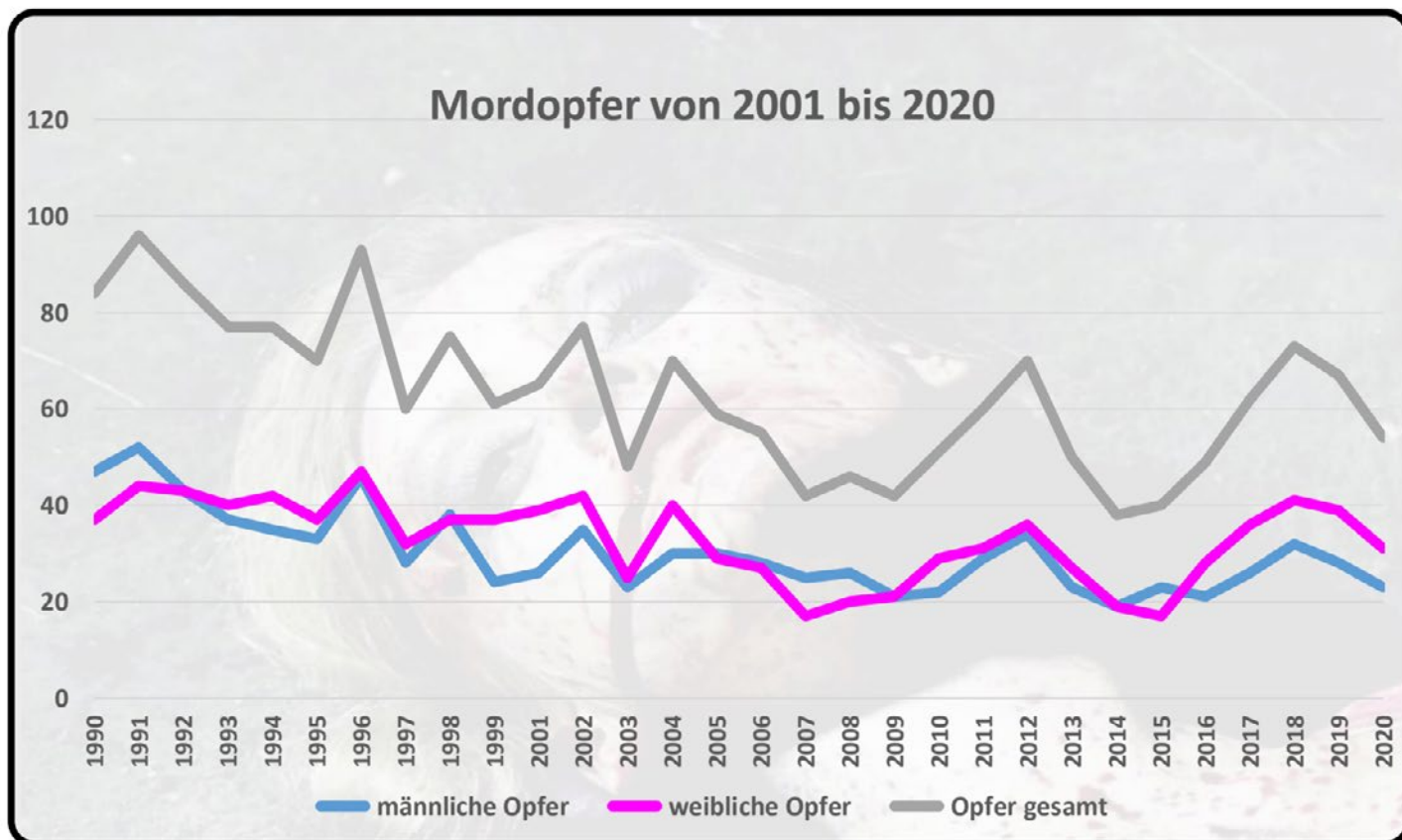
Nach nahezu jeder Bluttat (an einer Frau) lauten die postwendend gemachten Vorwürfe: „*Schon wieder ein Frauenmord: Behörden haben versagt!*“ Meist folgen gutgemeinte Ratschläge, was „die Behörden“ – gemeint ist in der Regel die Polizei – im Vorfeld des Verbrechens alles tun hätten können. Nicht eben selten stellt sich freilich heraus, dass „die Behörden“ zuvor gar nicht involviert waren. Allerdings räumte auch die vom Innenministerium eingesetzte Screeninggruppe, die Geschehnisse rund um 55 Morde und 119 Mordversuche¹ analysiert hat,

ein, dass speziell bei Ermittlungen nach Fällen von Gewalt in der Familie Verbesserungsbedarf besteht. So würden kaum Frage-Antwort-Protokolle erstellt, sondern der Justiz nur zusammengefasste Fallschilderungen zur weiteren Entscheidung übermittelt. Nicht unbedingt ideale Voraussetzungen für die Verhängung der U-Haft. Bei der Einschätzung der Gefährdungslage gebe es zudem keine Standards, meist käme es auf das Bauchgefühl des einschreitenden Beamten an, so das Fazit der Screeninggruppe. Diesbezüglich soll Abhilfe geschaffen werden, durch Schulungen

ebenso wie mit Hilfe eines Analysetools.

Was in diesem Zusammenhang aber auch gesagt werden muss: Laut Analyse hat es in 55,6 Prozent der Fälle vorab keine Anzeichen auf eine bevorstehende Eskalation gegeben – zumindest war den Behörden nichts bekannt. Der zuletzt heftig diskutierte (mutmaßliche) Mord des sogenannten „Bierwirts“ aus Wien ist ein Beispiel dafür: Der Tatverdächtige soll Tage vor dem ihm angelasteten Mord an seiner (Ex-)Partnerin sogar „scharf“ auf deren Vater geschossen haben; aber niemand hat die Polizei alarmiert. Ähnlich krass war es bei einer weiteren in Vorarlberg verübten spektakulären Bluttat, deren Umstände im Zuge des Screenings hinterfragt wurden: Der gesamte Clan des späteren Täters hat lange Zeit unter ihm gelitten und man hat geahnt, dass „etwas passieren“

1) im Zeitraum 01.01.2018 bis 25.01.2019



© Peter Grolig, Quelle: BK

würde. Wohl aus Gründen der Familientradition und -ehre und einem Misstrauen gegenüber allen Außenstehenden wurde aber Stillschweigen gewahrt.

Der erwähnte „Bierwirt-Mord“ ist auch einer jener Fälle, die sich nicht wirklich als Argument für eine nun geforderte Verschärfung des Waffengesetzes eignen: Denn wie eine illegale Waffe verboten werden soll, ist irgendwie schwer nachvollziehbar. Überlegenswert scheint eine Einschränkung bezüglich des Mitführens von Hieb- und Stichwaffen im öffentlichen Raum nach deutschem Vorbild. Sie sind bekanntlich die zumeist verwendeten Tatmittel. Legale Schusswaffen werden vor allem bei erweiterten Suiziden verwendet. Dabei handelt es sich nahezu ausnahmslos um betagte und schwerst kranke Pensionisten, die im Einvernehmen mit ihren Ehefrauen gemeinsam aus dem Leben scheiden.

Monatlich würden im Schnitt drei Frauen ermordet, rechnet etwa der Verein Autonome Frauenhäuser (AÖF) vor. Die dramatische Behauptung hält einem Faktencheck jedoch nicht stand. Zwar waren 31 von 54

Mordopfern des vergangenen Jahres laut Kriminalstatistik sehr wohl „weiblich“, allerdings wurden dabei von ihren Müttern getötete Mädchen ebenso mitgezählt wie weibliche Terror-Opfer und erweiterte Suizide von todkranken alten Menschen. Die Motive werden pauschal plakativ als „Femizid“ benannt, also als Abwertung von Frauen allgemein bzw. als Folge eines patriarchalen Rollenbildes. Wobei keine Rücksicht darauf genommen wird, dass selbst die Auslöser von Bluttaten in Partnerschaften vielschichtig und – entgegen der Behauptungen – sehr wohl individuell sind.

Was diese Morde samt Selbsttötungen anbelangt, tritt ein weiterer Umstand zu Tage, der die kolportierten Zahlen der pauschal „Femizide“ genannten Taten – und den Begriff selbst – erheblich relativiert: Diese Fälle werden nämlich kommentarlos in die Liste der angeblichen „Frauenmordserie“ aufgenommen. Wobei die Zählweise allgemein ziemlich verwirrend ist.

In ihrem 107seitigen Endbericht hält die „Screening-Gruppe“ fest: „Im Untersuchungszeitraum sind 55 vollendete

Mordfälle mit 61 Opfern verzeichnet worden, 40 davon waren weiblichen Geschlechts. 22 von ihnen sind in Intimbeziehungen getötet worden. In nicht weniger als 19 Fällen dürften psychische Probleme des Täters eine Rolle gespielt haben“.

Die im Vorjahr in Wien verübten Morde machen den Umgang mit anonymen Zahlen anschaulich: In der Bundeshauptstadt wurden nach Diktion des LKA zehn Mordfälle mit 15 Opfern registriert, wovon sieben weiblich waren. Also sieben „Femizide“? Nein, denn zwei der Opfer waren Kinder (die Mädchen sind von der Mutter getötet worden, Anm.) und drei Frauen sind beim Terroranschlag am 2. November ums Leben gebracht worden. Von den zwei verbliebenen Morden (an Frauen) dürfte einer mit dem Drogen- und Alkoholmissbrauch des Täters, der sich ebenfalls umgebracht hat, und des Opfers in Zusammenhang gestanden sein. Einzig der eine verbliebene Fall kann in die Kategorie „Partnerschaftsmord“ gezählt werden.

Ein Blick zurück verdeutlicht, dass die Zahl der Tötungsdelikte in Österreich – vor allem im Vergleich zu den 1980er

und 90er Jahren – zurückgeht. Wurden zum Beispiel 1991 gleich 96 Mordopfer in der Kriminalstatistik aufgelistet (davon 44 weibliche), so waren es 2014 38 (19). Dazwischen schlug die „Mordkurve“ zwar immer wieder nach oben hin aus, 2018 etwa mit 73 (41) vorsätzlich Getöteten, die Horrortwerte von früher bleiben aber unerreicht (siehe Grafik Seite 13). Wobei es bei der Zählweise seit Jahr und Tag Probleme gibt, jedenfalls bei der Interpretation der Daten. So listet die Kriminalstatistik Mord- und Mordversuche auf, wobei sich die Zahl der „Fälle“ an der der Opfer orientiert. Die erwähnten zehn Wiener Mordfälle mit 15 Opfern sind für die Statistiker des Bundeskriminalamtes auch 15 Fälle, und eben nicht zehn, wie die Wiener Polizei meint. Außerdem werden Tatverdächtige gezählt, wozu auch Mittäter zählen.

Was auffällt: Im Laufe der Jahre ging die Zahl der männlichen Opfer zurück, während die der weiblichen stagnierte bzw. leicht anstieg. Für den allgemeinen Rückgang werden mitunter gewagte Thesen aufgestellt. Eine davon lautet, dass die Notfallmedizin besser geworden sei. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass die Opfer von Schuss- und Messerattacken sowie sonstigen Angriffen „früher“ im Rettungswagen oder spätestens im Spital ihren Verletzungen erlegen wären. Eine nähere Betrachtung „alter“ Fälle spricht nicht für diese Erklärung: Die allermeisten Opfer waren zum Zeitpunkt ihrer Auffindung auch seinerzeit schon (längst) tot.

Eine weitere Mutmaßung bedarf einer näheren Betrachtung: Ihr zufolge würde der radikale Sparkurs bei den Obduktionen, der 2007 eingesetzt und sich vor allem in Wien bemerkbar gemacht hat, dazu führen, dass nicht natürliche Todesursachen



Psychiater Dr. Reinhard Haller

nicht als solche erkannt werden. Diesbezüglich wurden unter anderem explizit „Giftmorde an Männern“ ins Treffen geführt. Das mit den Vergiftungen bezeichnet ein langjähriger Mordermittler als „totalen Humbug“. Einerseits sind in der Vergangenheit auch nicht eben Männer reihenweise vergiftet worden, andererseits hat eine normale Obduktion diese Tötungsart anno dazumal auch nicht zutage gefördert. Im Regelfall mussten Gerichtsmediziner und Chemiker mehr oder minder gezielt, also schon mit einem Verdacht vorinformiert, nach bestimmten Substanzen suchen. Dass sogenannte spurenarme Verbrechen (etwa Ersticken) unentdeckt bleiben, gilt in Fachkreisen hingegen als sicher. „Bedenkliche Abgängigkeiten“, von denen es einige gibt, scheinen naturgemäß nicht in der „Mordbilanz“ auf. So wie auch Raubüberfälle mit tödlichem Ausgang in der Kriminalstatistik nicht zwangsläufig als Mord berücksichtigt werden.

Der angesehene Psychiater Reinhard Haller hat jedenfalls in einem ORF-Interview auch gemeint, das Frauenmorde derzeit mehr Aufmerksamkeit hätten, weil

eben zuletzt kaum Männer ermordet würden und die Bilanz deshalb erschreckender aussehen würde. Außerdem hätte es aufsehenerregende und besonders schlagzeilenträchtige Taten gegeben. Einen Unterschied, den Haller schon sieht: Die Morde der jüngsten Zeit dürften scheinbar geplant begangen worden sein, während man es früher großteils mit Affekttaten zu tun gehabt hätte. ■

GERNE ZITIERT, ABER OFT FALSCH VERSTANDEN

Oft wurde die Analyse von *kripo.at*, Ausgabe 05/18, von Medien und Politik zitiert, wonach Österreich trauriger Spitzenreiter bei gewaltsam ums Leben gebrachten Frauen ist. Einzig: Viele haben dabei nicht verstanden (oder wollten es nicht verstehen), dass damit keineswegs nur Morde gemeint sind, schon gar nicht „Femizide“. Denn die Daten der Europäischen Statistikbehörde Eurostat beziehen sich nach medizinisch üblichen Kriterien auf die jeweils amtlich festgestellte Todesursache, die „nicht natürlich“ sowie Folge eines „tätlichen Angriffs“ ist. Dieser Begriff ist naturgemäß weiter gefasst als Kriminalstatistiken, die sich an strafrechtlichen Tatbeständen wie Mord und Totschlag orientieren.

Internationale Vergleiche von reinen Mord-Zahlen sind schwierig, weil es in verschiedenen Ländern ähnliche, aber doch verschiedene strafrechtliche Definitionen gibt. Jedenfalls machten auch im Ausland, etwa in Italien, Meldungen die Runde, wonach Morde an Frauen zunehmen würden. ■



Besuchen Sie unsere Website

aktuell
informativ
objektiv
online-zeitschrift
„kripo.at“

DIE POLIZEI ALS HELFER IN UND AUS DER KRISE

Gewalt in der Privatsphäre ist eines der Kernthemen, denen sich die Initiative GEMEINSAM.SICHER in veränderter Form und unter neuer Leitung widmet. Der Beisatz „aus der Krise“ soll verdeutlichen, dass man partnerschaftlich in schwierigen Zeiten wie der jetzigen helfen will.

Mit neuen Schwerpunkten, vor allem aber einer auf sicherheitspolizeiliche Aspekte ausgerichteten strategischen Aufstellung soll „GEMEINSAM.SICHER“ wieder Drive aufnehmen. Das 2016/17 gestartete Präventionsprojekt, das unter Innenminister Herbert Kickl offenbar in den Dornröschenschlaf geschickt war, läuft nun unter exklusiver Leitung des Bundeskriminalamtes. Abteilungsleiter Oberrat Mag. Manuel Scherscher ist sozusagen das „neue Gesicht“ der Aktion. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, das bisherige „community policing“ auf neue Beine stellen, ordentlich ins Laufen zu bringen und den aktuellen Erfordernissen gemäß zu adaptieren.

Im Gespräch mit *kripo.at* verdeutlichte Scherscher, wie die Initiative wieder Schwung aufnehmen soll. Es sind Themen, die die Bevölkerung beschäftigen, die zugleich aber auch für die Gesellschaft (und die Polizei) ernsthafte Bedrohungen darstellen. „Und genau dieses Vehikel

brauchen wir jetzt auch, um unseren guten Ruf wieder zu festigen, der angesichts der in der Pandemie notwendigen Maßnahmen, die die Polizei durchsetzen musste, etwas gelitten hat“, sieht Scherscher durchaus auch einen gewissen Eigennutzen.

„Wir wollen mit faktenbasierten Informationen gegen Fake News und Verschwörungstheorien auftreten und unsere Plattform dafür zur Verfügung stellen“, erklärt Scherscher. Denn während die Menschen während der Pandemie daheim saßen und oft nur das Internet als „Freund“ hatten, konnten krudeste Ansichten ungehindert die Runde machen. Hier soll auf den verschiedensten Ebenen des polizeilichen Gefüges gegengesteuert werden.

Ein wichtiger Punkt ist Scherscher auch das derzeit heißdiskutierte Thema „Frauenmorde“. Wobei er einschränkt, dass es nicht primär ein sicherheitspolizeiliches Problem sei, da die Polizei in den allermeisten Fällen erst alarmiert wird, wenn schon etwas



Mag. Manuel Scherscher leitet die Initiative

passiert ist. In jenen Fällen, in denen Gewalt in der Privatsphäre an die Polizei herangetragen wird, soll die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Hilfeeinrichtungen intensiviert werden. Vor allem soll dafür gesorgt werden, dass jene Einrichtungen, die im Vorfeld etwa beratend tätig werden können, auch kontaktiert werden.

In allen Bereichen sieht Scherscher die bereits in der Kriminalprävention tätigen Polizisten als kompetente Ansprechpartner. Mit etwa 600 österreichweit einschlägig tätigen Beamten sei man diesbezüglich auch gut aufgestellt. Während man sich an der Spitze von GEMEINSAM.SICHER auf Kooperationen mit „Big Playern“ etwa in der Wirtschaft konzentriert, sollen die an der Basis vorhandenen Kontakte gepflegt und ausgebaut werden: „Wir sind die Kupplung, die Sicherheit mit unseren Partnern unters Volk bringt“

Auch was Corona und seine allgemeinen Folgen anbelangt, spricht Scherscher eine Einladung an die Menschen aus: „Wir strecken die Hand aus und sagen: ‚Kommt zu uns!‘“ ■

Die Polizei soll Hilfestellung in schwierigen Zeiten leisten

Bild: BMI



ERFOLG MIT GESCHICHTEN AUS DÜSTERER ZEIT

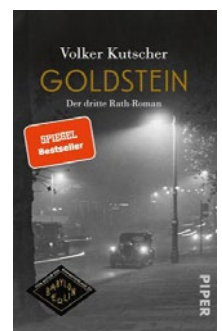
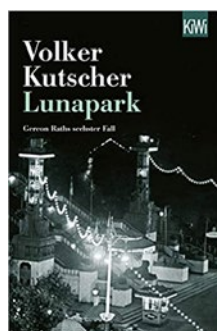
alexander.heindl@kripo.at



Volker Kutscher muss Hellseher gewesen sein, als er seinen Redaktionsposten kündigte, um ein Romanprojekt zu starten. Zuvor hatte der nun 59-Jährige Deutsche kleinere Kriminalromane geschrieben und 2007 mit dem Roman „Der nasse Fisch“ seinen Gereon-Rath-Zyklus begonnen.

Gereon Rath ist Kriminalkommissar im Berlin der späten 1920iger, frühen 30iger Jahre. Der zweite Band „Der stumme Tod“ erschien 2009, es folgten „Goldstein“, „Die Akte Vaterland“, „Märzgefallene“, „Lunapark“ und „Marlow“. Im Vorjahr erschien der achte Roman „Olympia“. Als Prequel kam 2017 dazwischen „Moabit“ heraus, in dem die Jugend von Charlotte „Charly“

Einige der Bestseller von Volker Kutscher



Ritter, der späteren Frau des Titelhelden, beleuchtet wird.

Was macht eigentlich die Faszination dieser Romanreihe aus? Es ist unter anderem die Mischung aus Spannung, historischen Begebenheiten und eben der Klärung von noch so verzwickten Fällen. Praktiker unserer Branche werden immer wieder die unbürokratischen Arbeitsansätze des Kriminalkommissars – bis hin zum Überschreiten der eigentlichen „roten Linie“ – hervorblitzen sehen. Als Raths Chef bringt Kutscher eine historische Figur ins Geschehen ein, Ernst August Ferdinand Gennat, genannt „Der Buddha“, dem so einmal mehr ein Denkmal gesetzt wird.

Volker Kutscher versteht es, ähnlich wie Ken Follett, historische Tatsachen zu recherchieren und in die Geschichten einzubauen. Ob dies nun der Börsenkrach, die Darstellung der sozialen Unterschichten im damaligen Berlin oder das Glitzerleben der Reichen, die Straßenschlachten zwischen der Rotfront und der SA sind, alles wirkt so, als ob er dabei gewesen wäre.

Mich persönlich fasziniert die Darstellung der Gedanken, die beginnenden Zweifel, die aufkommende Begeisterung und das Beleuchten des keimenden Nationalsozialismus, bis hin zur Machtergreifung, und die Schilderung der Ohnmacht



gegenüber den Ereignissen. Die einzelnen Romanfiguren mit ihren eigenen, die Nazis betreffenden Weltbildern machen irgendwie begreiflich, was damals abgegangen ist und warum niemand aufzustehen gewagt hat. Die Wenigen, die es doch getan haben, haben sich relativ schnell in einem KZ wiedergefunden. Erschütternd auch der Aufstieg der politischen Polizei bis hin zur SS und Gestapa/Gestapo, wo minderfähige Polizisten und Mächteternpolizisten die Oberhand über echte Polizisten hatten, weil sie plötzlich weisungsbefugt waren.

Alles in allem ein sehr fesselnder Stoff, der mich wieder einmal zum „Seitenfresser“ gemacht hat. Der letzte Autor, der das geschafft hat, war Oliver Pötzsch mit seinen „Henkerstochter“-Romanen. Die Gereon-Rath-Reihe kann ich jedenfalls besten Gewissens empfehlen.

Wer lieber sieht statt liest, dem können die drei Filmstaffeln „Babylon Berlin“ ans Herz gelegt werden. Mit einem Monsterbudget von mehr als 40 Millionen Euro sind die ersten zwei Romane („Der nasse Fisch“ und „Der stumme Tod“) verfilmt worden. Wobei sich der finanzielle Einsatz bereits gelohnt hat, die ursprünglich als Fernsehserie angelegten Filme verkaufen sich in der ganzen Welt äußerst erfolgreich. 2021 beginnen die Dreharbeiten zur vierten Staffel. ■

In seinem Editorial in der vergangenen Ausgabe hat VKÖ-Präsident Richard Benda den Umstand kritisiert, dass sich Staatsanwälte in kriminaltaktische Vorgänge einmischen, ohne dafür ausgebildet zu sein. Das Thema hat bei unserer Leserschaft „eingeschlagen“, wie man zu sagen pflegt. Es gab zahlreiche Reaktionen, alle waren zustimmend. Zwei davon wollen wir veröffentlichen: Den Leserbrief eines bekannten Berufsdetektivs und die Schilderungen eines Kollegen, wie man „seinerzeit“ selbst einen Terror-Mord ohne staatsanwaltschaftliche „Hilfe“ aufklären konnte.



Wiens Verkehrsstadtrat Heinz Nittel wurde am 1. Mai 1981 erschossen

DAMALS: TERROR-ERMITTLUNGEN OHNE DEN STAATSANWALT

Vor 40 Jahren, am 1. Mai 1981, wurde in Wien der amtsführende Verkehrsstadtrat Heinz Nittel von einem arabischen, genauer: palästinensischen Terroristen, erschossen. Aufgrund eines aufgetauchten Bekennerschreibens war anzunehmen, dass der Täter Mitglied der Abu-Nidal-Organisation (ANO) war. Diese Gruppe hat zu dieser Zeit in verschiedenen europäischen Ländern Anschläge ausgeführt. Nun hat sie auch in Österreich zugeschlagen.

Da ich an jenem Tag Journaldienst hatte, „erbte“ ich diesen Akt. Ich stellte eine KrB-Gruppe zusammen und wir gingen an die Arbeit.

In den nächsten Wochen wurden mehr als tausend Personen befragt bzw. überprüft. Wir hatten zu dieser Zeit viele Araber und im speziellen Palästinenser in Wien bzw. in Österreich. Während dieser gesamten Zeit gab es nie einen Kontakt mit der Staatsanwaltschaft. Ich konnte mit meinen Leuten völlig frei und unbeeinflusst arbeiten. Unsere vorgesetzten Juristen, die ja laut damaliger Geschäftsordnung die Verbindung zum Gericht etc. herstellten, hielten sich ebenfalls daran.

Aufgrund des spektakulären Anschlags an diesem sensiblen Tag bzw. Zeitpunkt, der Maiaufmarsch stand unmittelbar bevor und wurde natürlich abgesehen, war der Druck auf die Sicherheitsbehörden sehr groß. Aber trotz intensivster Arbeit konnten wir keinen Täter aufweisen. So vergingen die nächsten Monate.

Am 29. August 1981 allerdings geschah der nächste Anschlag. Zwei arabische

Terroristen überfielen die Synagoge in der Seitenstettengasse. Es gab zwei Tote, die Täter wurden von der Sicherheitswache festgenommen. Es handelte sich um Mitglieder der ANO. Auch dieser Akt landete auf meinem Schreibtisch.

Die Vernehmungen gestalteten sich umfangreich und schwierig. Einer der beiden, Hasan M., war anfänglich zu keinem Gespräch bereit. Erst nach einigen Tagen, als ich ihm ein Foto von seinem neugeborenen Sohn zeigte, knickte er ein. Das Foto wurde von einem Mossadmitarbeiter besorgt. Es gab damals intensiven Kontakt mit dem israelischen Auslandsnachrichtendienst, dies natürlich mit Wissen und auf Anordnung des damaligen Leiters der „Gruppe Staatspolizei“ im BMI. Ich wurde nach Israel geschickt und bekam dazu aus Tarnungsgründen einen zeitlimitierten österreichischen Reisepass.

Rajih H., ein 21-jähriger Student in Wien, war gesprächsbereiter. Ich unterhielt mich viele Tage in einer Handzelle der BPD am Schottenring. Wir haben ihn jeweils vom LG Wien nach einer Genehmigung durch den U-Richter zu uns ausgeführt.

Vorwegnehmen darf ich, dass bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Kontakt zur Staatsanwaltschaft bestand, den es auch im weiteren Verlauf der umfangreichen Amtshandlung nicht gab. Ich war darüber froh, denn ich hätte mir nicht vorstellen können, in welchem Stadium uns ein kriminalistisch unbedarfter Staatsanwalt „helfen“ hätte können.

Obwohl es nicht zur Chronologie passt, möchte ich hier anmerken, was mich für diese Amtshandlungen qualifiziert hat:

Nach dem Übertritt zur Kripo absolvierte ich einen einjährigen zentralen Lehrgang für Kriminalbeamte in Wien. Anschließend trat ich in eine sogenannte Jobrotation. Ich war jeweils für ein Jahr verschiedenen Gruppen wie Blutdelikte (Mord, Totschlag, Raub, Erpressung usw.), Diebstahl in allen Erscheinungsformen, Sitte, Betrug, Fahndung usw. zugeteilt. Ziel war es, sich in fünf Jahren ein umfangreiches kriminalpolizeiliches Wissen anzueignen. Anschließend absolvierte ich die zweijährige Offiziersausbildung.

Nach zusätzlich einigen Jahren Praxis entwickelt man naturgemäß eine gewisse Skepsis gegen staatsanwaltschaftliche „Ratschläge“, ist doch von einer kriminalpolizeilichen Schulung oder Praxis dort nichts bekannt ist.

Im Zuge der oft stundenlangen Gespräche bekam ich eine gute Vertrauensbasis zu R., er erzählte mir von seinem Auftraggeber, der ihnen das Anschlagziel mitgeteilt und die Waffen (zwei polnische Maschinenpistolen und mehrere Handgranaten) übergeben hatte.

R. nannte den Man „Fuad“ und er glaubte, dass er als Student in Salzburg leben würde. In der Folge wurden von der Fremdenpolizei in Salzburg 83 Visumanträge von Palästinensern (mit Foto) zur Verfügung gestellt. R. hat einen Bahij Y. herausgesucht und steif und fest behauptet, dass es sich bei ihm um den

Auftraggeber handeln würde. Im Verlauf dieses Gesprächs entstand plötzlich eine ganz andere Brisanz. R. erzählte aus eigenem und nur nach geringem Vorkhalt, dass er noch etwas anderes in Wien „gemacht“ hätte. Ganz plötzlich stand der Nittel-Mord im Raum.

R. machte ein Geständnis mit Eckdaten, die nur der Täter wissen konnte. Eine Weitergabe dieses Geständnisses auf normalem Dienstweg konnte ich mir wegen der Gefährdung einer möglichen Festnahme des Y. in Salzburg nicht vorstellen. So beschränke ich einen zugegeben ungewöhnlichen Weg. Und zwar ersuchte ich um ein persönliches Gespräch mit Innenminister Erwin Lanc. Ich meldete ihm das Mordgeständnis und ersuchte gleichzeitig um ein paar Tage Stillschweigen, was er mir zugesichert hat. Also fuhren wir nach Salzburg, wo wir Y. am dritten Tag der Frist festnehmen konnten. In der Wohnung seiner Freundin wurde ein Waffenarsenal sichergestellt, darunter auch die Nittel-Tatwaffe.

Y. wurde zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt, jedoch hat der OGH das Urteil wegen Nichtigkeit aufgehoben. Auch die zweite Verurteilung wurde aufgehoben. Erst beim dritten Versuch wurde er zu einer langjährigen Haftstrafe rechtsgültig verurteilt. Diese beiden Aufhebungen hatten einen politischen Hintergrund, der mir zwar bekannt ist, aber das ist eine andere Geschichte. Zur Erläuterung meiner Person darf ich anführen, dass ich als Leiter der Kriminalbeamtenabteilung bei der „Abteilung I“ der BPD Wien, als Oberst im Kriminaldienst in den Ruhestand getreten bin. Wegen des unverlässlichen Wetters in Österreich verzog ich mich nach Gran Canaria, wo ich nun schon mehr als 25 Jahre meinen Ruhestand genieße. ■

• Autor der Redaktion bekannt

intern

AUS DEM ARCHIV

Ein interessantes Gepäcks-Dreirad für die Polizei

Das Erkennungsamt der Wiener Polizeidirection hat bei der Firma Thein u. Goldberger, 1. Bezirk, Seilerstätte 5, ein Gepäcks-Dreirad für einen speziellen polizeilichen Dienstzweig bestellt. Das Gepäcks-Dreirad ist eine Art Bereitschaftswagen, mit dem nach Erhalt eines telephonischen Aviso über einen Criminalfall ein Polizeibediensteter sich auf den Thatort begibt, während die Commission den Weg per Wagen zurückgelegt. Das Gepäcks-Dreirad hat eine besondere Einrichtung zur Aufnahme von Utensilien, welche die Commission benöthigt, um auf dem Thatorte photographische Aufnahmen oder Messungen vornehmen zu können. Um den Transportwagen nicht zu schwerfällig zu machen, ist derselbe derart construirt, daß sich in einem separaten Untertheil eine größere Meßcassette und zwei Stativs von circa 900 Mm. Länge befinden. Im oberen Kasten sind die Thatbestandsaufnahme tasche, eine Lampencassette, eine Camera und eine Stereoskop-Camera untergebracht. Die einzelnen Gegenstände sind derart einmontirt, daß sie während der Fahrt ihren Platz nicht verändern können. Gleichzeitig mit diesem Auftrag erhielt die Firma eine Bestellung auf ein Modell, welches den Originalwagen in 0,4 Naturgröße darstellt und das wir in unserer Redaction besichtigen konnten. Dieses Miniatur-Dreirad geht schon dieser Tage nach Paris zur Ausstellung und wird in der Polizeiabtheilung, die von Wien aus reich beschickt ist, ausgestellt. (Neues Wiener Tagblatt 5.4.1900)

„JURISTISCHES GEGACKER“

Die von Herrn Präsidenten, CI i.R. Richard Benda, angesprochene Problematik der Einmischung durch die StA betrifft in abgewandelter Form auch das Gewerbe der Berufsdetektive. Bei uns ist es halt kein StA, sondern ein privater Rechtsanwalt. In der Praxis stellt man sich das so vor: Ein größeres Unternehmen beauftragt eine Detektei z.B. mit der Aufklärung und Bekämpfung von organisierten Diebstählen im Lagerbereich.

Ansprechpartner ist dann jemand aus der Geschäftsführung bzw. aus dem Vorstand.

Doch in den meisten Fällen fühlt sich die Auftraggeberseite bemüßigt, uns als Detektei einen „Firmenanwalt“ beiseite zu stellen. Was als „gut gemeint“ aussieht und „Wir wollen alles richtig machen“ dargestellt wird, ist in Wirklichkeit ein reines Brimborium. Viele der österreichischen Berufsdetektive haben eine jahrelange Kriminalpolizei-Praxis hinter sich bzw. haben nach ihrer Praxis in einer Detektei eine Befähigungsprüfung abgelegt, im Rahmen dieser genau jenes Handwerkszeug geprüft wird, das notwendig ist, um kriminaltaktische Entscheidungen selbständig treffen zu können.

Die Detektiv-Arbeit beginnt jedenfalls nicht mit wissenschaftlichen Abhandlungen über den § 130 StGB, sondern etwa mit Einschleusungen und Observationen. Anfänglich ist das Interesse des Firmenanwalts an der Einmischung und der Wunsch an der Mitgestaltung von Aufklärungskonzepten noch groß, und über jedes Ei wird ein juristisches Szenario herbei gegackert, noch ehe es gelegt worden ist. Doch spätestens, wenn von uns die Einladung ausgesprochen wird, sich doch einmal selbst in der Praxis zu behaupten und sich eine Nacht im Observationswagen um die Ohren zu schlagen, schwindet häufig das weitere Interesse an der Einmischung in kriminaltaktische Entscheidungen. ■

Ing. Peter Pokorny,
Berufsdetektiv

UNIVERSITÄTSLEHRGANG STRAFRECHT, WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT UND KRIMINOLOGIE

Ober der neue Lehrgang an der Donau-Uni in Krems in Form von Präsenzunterricht oder mittels moderner Konferenzsoftware abgehalten wird, hängt von der Covid-Situation ab. Sicher ist, dass der Lehrgang heuer im Oktober beginnen und vier Semester dauern wird. Zum Abschluss gibt es den Titel „Masters of art – MA“

Zulassungsvoraussetzungen sind ein Grundstudium jeglicher Studienrichtungen oder eine gleichzuhaltende berufliche Qualifikation und Berufserfahrung. Polizisten erfüllen jedenfalls die Bedingung der Berufserfahrung.

Der Universitätslehrgang bietet eine umfangreiche interdisziplinäre Weiterbildung, die entscheidende Vorteile nicht nur in der Strafrechtspflege, sondern auch bei der Kriminalprävention, bei der Resozialisierung und im Strafvollzug bringt. Durch seine Konzeption vereint das Studienprogramm juristische mit kriminologischen und sozialwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen.

Weitere Informationen auf:

www.donau-uni.ac.at/strafrecht

WICHTIG: Die VKÖ vergibt unter gewissen Bedingungen Teilstipendien. Gerne senden wir Ihnen Details über das Sponsoring zu.

Anforderung unter sekretariat@kripo.at.

TODESFÄLLE

Irene GLANTSCHNIG Witwe Wien im 98. Lebensjahr	Alfred JAGLITSCH Wien im 72. Lebensjahr	Leopold PFALZER Spillern im 69. Lebensjahr	Stefan WILLINGER St. Georgen an der Gusen im 81. Lebensjahr
Hermann HAGER Wien im 84. Lebensjahr	Johann MAUERHOFER Raaba bei Graz im 86. Lebensjahr	Franz SCHICK Wels im 75. Lebensjahr	

KRIPO.AT-RÄTSEL

Sind die Rätselfreunde mehr geworden? Oder war die Frage in unserer letzten Ausgabe zu leicht? Egal, jedenfalls hat sich die Zahl der richtigen Antworten vervielfacht.

„Suchowlansky“ war der legendäre Mafia-Buchhalter Meyer Lansky. Die Antwort „Honest Meyer“ („Ehrenwerter Meyer“), sein Spitzname, ist ebenfalls richtig.

Aufgrund der hohen Teilnehmeranzahl haben wir uns entschlossen, allen Rätselfreunden, die noch nie einen Buchpreis bekommen haben, ein Buch zu schicken. Es sind dies: Harald Strohmaier, Roland Link, Josef Schachermaier, Josef-Peter Kastler, Ernst Dammel, Dietmar Harbauer und last but not least Julia Schiestl.

Unsere neue Frage:

2001 starb ein Krimineller in der Zelle. Er war 1992 wegen sechsfachen Mordes verurteilt worden. Zwei hohe Politiker mussten zurücktreten, weil sie sich für seine Freilassung eingesetzt hatten. Wie hieß das Schiff, das der Täter versenken hat lassen?

**Antworten an sekretariat@kripo.at.
Einsendeschluss ist der 15. Juli 2021.**

UNSERE KOOPERATIONSPARTNER



MITGLIEDERTREFF

(mit Vorbehalt)

Wien

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

Linz

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

Wels

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

SEKTIONSLEITER IN DEN BUNDESLÄNDERN

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Derzeit unbesetzt
Niederösterreich:	St. Pölten	Christian Lechner, niederoesterreich@kripo.at
Oberösterreich:	Linz	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Helmut Kaiser, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Karin Linecker, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmaier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Tirol	Albert Mandl, tirol@kripo.at
	Innsbruck	Martin Brunner, innsbruck@kripo.at
Vorarlberg:	Bregenz	Norbert Schwendinger, vorarlberg@kripo.at
Wien:	Wien	Roland Wastl, wien@kripo.at



IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Peter Grolig
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis
Mitarbeiter: Helmut Bärtil, Richard Benda, Alexander Heindl,
Prof. Josef W. Lohmann, Otto Scherz, Mag. Johannes Wolf
Redaktionsadresse: Redaktion der kripo.at, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8,
E-Mail: redaktion@kripo.at. Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache
mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28.
Anzeigenverwaltung: A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3.
Verlags- und Herstellungsort: A-8073 Feldkirchen b. Graz Verlagspostamt: A-8073 Feldkirchen.
Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es
sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606